Nummer 454

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk. Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Lippm, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 72. Jahrgang Mittwoch, 29. September 1926

Der Inhalt des russisch-litauischen Vertrages.

Moskau, 28. September.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Der zwischen der Sowjetunion und Litauen abgeschlossene Vertrag gilt für fünf Jahre. Der Vertrag legt fest: Aufrechterhaltung des Moskauer Vertrages zwischen den beiden Staaten vom Jahre 1920, gegenseitige Achtung der Souveränität unter allen Umständen, beiderseitige Verpflichtung, von aggressiven Handlungen gegeneinander Abstand zu nehmen, sowie im Falle eines Angriffes gegen eine der vertragschließenden Parteien dem angreifenden Staat keinerlei militärische, politische, wirtschaftliche oder finanzielle Unterstützung zu gewähren, Entscheidung von Konflikten, die nicht auf diplomatischem Wege beigelegt werden können, durch ein Einigungsverfahren. Bei der Unterzeichnung des Vertrages wurden Noten ausgetauscht, in denen die Sowjetregierung ihren früheren Standpunkt in der Wilnafrage bestätigt (d. h. also, daß Rußland Wilna weiterhin als litauisches Gebiet anerkennt), während die litauische Regierung erklärt, daß die von ihr dem Völkerbund gegenüber übernommenen Verpflichtungen durch den Vertrag nicht aufgehoben werden.

Tschitscherin

betonte in einer Rede bei Unterzeichnung des russisch-litauischen Vertrages, daß der Vertrag, ohne die rechtmäßigen Interessen dritter Staaten zu verletzen, die weitere Festigung der Unabhängigkeit Litauens begünstigt sowie die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten auf der Grundlage eines Handelsvertrages zwischen der Sowjetunion und Litauen, dessen Abschluß in allernächster Zeit bevorstehe, fördern werde.

Die estnisch-lettische Zusammenarbeit.

Mtb **Riga**, 29. September.

Auf der Rückreise von Genf nach Reval hat der estländische Außenminister Dr. Akel zu Riga eine Besprechung mit Vertretern der lettländischen Außenpolitik gehabt. Es wurden verschiedene aktuelle Fragen besprochen, darunter die Zusammenarbeit der Vertreter beider Staaten im Völkerbund und die Frage des Nichtangriffssperrvertrages mit Rußland. Ein der Presse über die Besprechungen zugegangenes Communiqué stellt die völlige Uebereinstimmung in allen Fragen fest.

Günstiges italienisches Wirtschaftsabkommen mit dem Jemen.

London, 29. September.

„Daily Telegraph" berichtet aus Kairo: Nach einer Privatmeldung aus Hodeida hat der Gouverneur von Erythräa, Gasparini, ein Wirtschaftsabkommen mit dem Imam Jahia abgeschlossen, das den italienischen Interessen beträchtliche wirtschaftliche Vorteile im Jemen verschafft. Gasparini werde sich sofort nach Rom begeben, um Mussolini das Abkommen vorzulegen, das die Krönung dreijähriger geduldiger Bemühungen der Italiener bilde, im Jemen Fuß zu fassen.

TU **London**, 28. September.

Nach einer Meldung aus Cairo empfing gestern der ägyptische Premierminister Adly Pascha, in Vertretung des abwesenden Außenministers den italienischen Bevollmächtigten, Marchese Paterno, um über die lybische Grenzfrage, sowie über die Zusammensetzung der gemischten Kommission zu verhandeln. In englischen diplomatischen Kreisen hofft man, daß die Besprechungen zu einem Erfolg geführt haben.

Faschistenhandstreich auf Sterzing.

„Sie benehmen sich wie in Feindesland."

TU **Wien**, 29. September.

Die „Arbeiterzeitung" meldet aus Innsbruck, daß am letzten Sonntagabend 800 Faszisten aus Mittelitalien die Stadt Sterzing überfallen haben. Die ganze Nacht hindurch stand die Stadt unter dem Terror der Faszisten, die Menschen blutig schlugen und in viele Häuser eindrangen. Sie benahmen sich wie in Feindesland, warfen Betten und andere Gegenstände auf die Straße und raubten verschiedene Gegenstände, um sie als Andenken an ihre Heldentat mitzunehmen.

Niederlage der Südtruppen vor Kantschang.

London, 29. September.

„Westminster Gazette" meldet aus Shanghai, Marschall Suntschuanfang habe den Kantontruppen bei Kantschang eine ernste Schlappe beigebracht. Die Kantontruppen hätten 2000 Mann verloren.

Deutsch-französische Aussprache über Germersheim.

Der Platzkommandant drückt sein Bedauern aus.

Mtb **Germersheim**, 29. September.

Gestern abend fand zwischen dem stellvertretenden Regierungspräsidenten der Pfalz, Regierungsdirektor Stähler, und Oberstaatsanwalt König-Zweibrücken als Vertreter der Justizbehörden auf der einen und dem französischen Platzkommandanten auf der anderen Seite eine Aussprache über die Vorfälle statt. Auf die Vorstellungen der deutschen Vertreter, die der Trauer und Empörung der Bevölkerung über den Fall Auskunft verliehen, versicherte der Platzkommandant, daß

auch die französischen Behörden die Vorfälle bedauerten, und gab die Erklärung ab, daß das gerichtliche Verfahren gegen den Täter auf das eingehendste und gewissenhafteste durchgeführt werde.

Ein für gestern abend angesetzter französischer Unteroffiziersball ist vom Platzkommandanten abgesagt worden. Ferner hat er angeordnet, daß sämtliche Militärpersonen mit Ausnahme der Patrouillen von 9 Uhr abends an die Straßen nicht mehr betreten dürften. — Die weitere Untersuchung der Angelegenheit hat ergeben, daß Roucier auch als der Hauptverantwortliche bei der bereits gemeldeten und durch die Untersuchungen bestätigten Mißhandlung des 17jährigen Klein eine Rolle spielte und sich daran persönlich mit der Reitpeitsche beteiligt hat. Der Fall Klein spielte sich bekanntlich etwa drei Stunden vor den in Betracht kommenden Zwischenfällen ab. Außerdem ist festgestellt worden, daß Roucier nach dem Vorfall mit Klein — und ehe er mit Holzmann zusammentraf — noch einen gewissen Ewald Meyer auf der Straße ohne jeden Grund angerempelt hat. Roucier bleibt bis zur vollen Erledigung des gerichtlichen Verfahrens in Landau. — Der Gesundheitszustand des schwerverletzten Mathes hat sich immer noch nicht gebessert. Er kehrt immer nur für kurze Zeit zum Bewußtsein zurück.

Berlin, 29. September.

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Botschafter Freiherr Langwerth von Simmern, ist zu Besprechungen für kurze Zeit in Berlin eingetroffen.

Frankfurt a. M., 29. September.

Wie Wagners südwestdeutscher Nachrichtendienst von gut unterrichteter Seite erfährt, bestätigt es sich, daß die seinerzeit angegebene Zahl von 5000—6000 Soldaten, die das besetzte Gebiet räumen sollten, nicht den tatsächlich in Aussicht genommenen Räumungsplänen entspricht. Die Rheinlandbesetzung beabsichtigt, im Laufe der nächsten Woche 2500 bis 3000 Mann zurückzuziehen. Der Abtransport dieser Truppen ist seit einigen Tagen in die Wege geleitet. Man hat damit begonnen, kleinere Truppenkontingents aus der Umgebung von Mainz und Koblenz zurückzuziehen. Ein Teil der französischen Truppen wird direkt in die französischen Garnisonen abtransportiert, während es sich bei dem anderen Teil nur um eine Verschiebung handelt. Wie verlautet, wird das Artillerieregiment Nr. 311, das durch die Germersheimer Vorfälle bekannt geworden ist, ebenfalls zurückgezogen und durch das Artillerieregiment Nr. 312 aus Mainz ersetzt. Der Beginn der Freimachung rechtsrheinischen Gebiets hängt wohl damit zusammen, daß beabsichtigt ist, noch im Laufe des Jahres das rechtsrheinisch besetzte Gebiet in weitmöglichstem Maße (?) zu räumen.

Ministerpräsident Braun über die deutsch-französische Annäherung.

„Weitgehende Angleichung der geistigen Grundstimmung."

Paris, 29. September.

Der preußische Ministerpräsident Braun gewährte dem Außenpolitiker des „Matin" eine Unterredung. Er betonte hierbei, daß die junge preußische Republik nichts mit Reaktion und Militarismus zu tun habe. Der Ministerpräsident erklärte weiter, seiner Ansicht nach müßten die wohlverstandenen Interessen der Völker auf friedlichem Wege in Einklang gebracht werden können. Das komme besonders für Frankreich und Deutschland in Frage. Es sei in letzter Zeit mit Recht betont worden, daß die materiellen Interessen beider Völker sich in glücklicher Weise ergänzten. Eine weitgehende Angleichung auch der geistigen Grundstimmungen der beiden Nationen werde nicht unmöglich sein, wenn man den guten Willen habe und wenn man auf beiden Seiten sich nicht scheue, die alten Irrtümer auszurotten. Frankreich und Deutschland könnten den Frieden Europas sichern, wenn sie eine Politik der Annäherung und der Versöhnung betrieben. Die historische Epoche des gegenseitigen jahrhundertelangen Sichgegenfleischesse müsse für immer abgeschlossen sein. Wir leben, so erklärte der Ministerpräsident zum Schluß, in einem Jahrhundert, das wir mit Stolz das der Technik nennen; wir wollen, daß es gleichzeitig ein Jahrhundert der Kultur ist. Aber alle Reden über Kultur und zivilisierte Menschheit werden nur Phrasen und Lüge sein, solange die Möglichkeiten und Vorbereitungen zu blutigen Auseinandersetzungen bestehen. Wir, Deutschland und Frankreich, sollten dafür sorgen, daß die Technik sich nicht gegen ihre menschlichen Urheber richtet in der Form fürchterlicher Waffen und Zerstörungsmittel.

Der Völkerbund und der Orient.

Von

Ibrahim I. Youssef.

„Oh, Herr, der wird uns fressen!" schallt die Stimme aus dem Orient, als man dort das Erwachen des Thanatos in Genf sieht. Deswegen sind die mürben Fäden, die sich zwischen den Staaten des Orients und den Großmächten Europas spannen, im höchsten Grade gegen die Völkerbundsatmosphäre empfindlich. Die Selbstnotwendigkeit des Weltfriedens zwingt uns, diese Fäden mit besonderer Vorsicht zu pflegen; vor allem dürfen wir sie nicht brechen lassen. Je näher man diese delikate Aufgabe betrachtet, desto schwerer zeigt sie sich. Besonders schwer scheint sie, wenn man bedenkt, daß die Orientalen sich heute darüber einig sind, daß eine Versklavung ihrer Nationen ebenso wenig geduldet wird wie die Sklaverei der Europäer — was der Völkerbund bis heute unbeachtet ließ.

Die Gärung im Orient, welche 1918 ihren Anfang nahm, sich zur Revolution und dann da und dort zum Krieg auswuchs, ist ein lauter Schrei, der die Befreiung des Orients herbeirief. Selbst dieses wurde von den Herrschern Europas ignoriert. Aber der Geist zum Sturz der Fremdherrschaft nahm trotzdem von Tag zu Tag seinen Fortschritt. Um die Großmächte sozusagen selbst zu schützen und ihr eigenes machtpolitisches Interesse wahren zu können, haben sie sich zu einem Völkerbund zusammengeschlossen. In dieser gemeinsamen Kampfarena verstand jeder sein wahres Ziel zu verschweigen: die Kolonien und Halbkolonien von dem Befreiungsgeist zu befreien; selbst wenn es zu blutigen Kämpfen führen sollte, wie es heute in China, Marokko, Syrien und Tripolis der Fall ist.

Aber der Völkerbund sollte „zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen und zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit zwischen ihnen gebildet werden", wie es im Versailler Vertrag lautet. Hat eigentlich dieses Institut in Genf solche Eigenschaften? Das muß die erste Frage sein, wenn wir über das Thema Völkerbund sprechen wollen. Bekanntlich sitzen aber im Völkerbund nur die Vertreter der Regenten des Orients, die Vertreter der Nationen haben keinen Zutritt. Im übrigen hat sich der Völkerbund in keinem Falle für den Frieden im Orient eingesetzt. Er hat weder gehört noch gesehen, wie die Engländer, Franzosen und Italiener die Menschen massakrierten, Gasbomben warfen, Städte zerstörten, Frauen und Kinder aushungern ließen. Ist das etwa ein friedlicher Akt? Gewiß! denn die Großmächte begehen solche Brutalitäten nur, um letzten Endes in friedlicher Weise Land und Leute ungestört ausbeuten zu können.

Daraus ersehen wir, daß das Institut in Genf weder gemäß den Versailler Vertragsbestimmungen gegründet wurde, noch in diesem Sinne arbeitet. Vom logischen Standpunkt aus bleibt nur als Lösung: entweder den Völkerbund im Sinne des Versailler Vertrags neu zu gründen, oder den Versailler Vertrag nach dem heute bestehenden Völkerbund abzuändern. Vom Standpunkt der Orientalen aus müßten beide, Versailler Vertrag und Völkerbund, ins Wasser fallen; denn der Völkerbund ist nichts weiter als ein Kompendium der verschiedenen Oberherrscher in Eins. Der versteckte Sinn bei der Gründung dieses Instituts ist, daß die Verantwortung für politische Einbrüche nicht direkt und allein von irgendeinem Raubstaat getragen wird. Daher klagt der Orientale den Völkerbund im allgemeinen und im besonderen an.

Die abenteuerliche Politik, die von den bereits im Völkerbund vertretenen Orientstaaten getrieben wurde, hat bereits schmerzhafte Folgen gezeitigt. Dank seiner Propaganda hat die Ansteckung der Sucht, in diesem Bund vertreten zu sein, einen Herd im Orient gefunden. Die Länder, welche ihre Vertreter nach Genf schicken wollen, sind nichts anderes, als von dem Blendwerk der Hölle geblufft. In dem naiven Glauben, daß der Völkerbund ihnen Rat und Hilfe bringt, eilen alle nach Genf; aber bei diesem Wettrennen nach Freiheit werden sie sich selbst in die Knechtschaft stürzen. Denn auch in Genf können sich „Imperium et libertas" nicht vertragen. Und wenn sich noch andere Orientstaaten im Völkerbund eingliedern, wird noch lange kein Friede geschaffen, weil die uniformierte

New-Yorker Gouverneurswahlen im Zeichen der Abänderung des Antialkoholgesetzes und des Weltgerichtshofes.

New-York, 28. September.

Der hier abgehaltene republikanische Parteitag des Staates New-York hat das Kongreßmitglied Mills, der den Gesetzantrag betreffend Rückgabe des deutschen Eigentums eingebracht hatte, als Kandidaten für die Gouverneurswahlen in New-York aufgestellt. Der demokratische Parteitag, der in Syracuse (Staat New-York) abgehalten wurde, hat den jetzigen Gouverneur Smith wiederum als Kandidaten aufgestellt. Der demokratische Parteitag hat ferner eine Plattform angenommen, die eine Abänderung des Antialkoholgesetzes vorschlägt und den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof fordert. Unter Bezugnahme auf die Vorbehalte des Senats erklärt die Plattform: Wir vertrauen darauf, daß, wenn diese Vorbehalte angenommen werden, unsere Teilnahme zur Vermeidung zukünftiger Kriege und zur Lösung aller internationalen Streitigkeiten beitragen wird. „Sun" berichtet aus Syracuse, der Annahme dieser sich für den Schiedsgerichtshof aussprechenden Plattform sei eine lange Beratung im Parteiausschuß vorangegangen. Im Ausschuß hätten die für den Gerichtshof eintretenden Redner behauptet, daß die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Völkerbund und dem Weltgerichtshof im weiten Umfange von den Bürgern deutscher Abstammung und den Mitgliedern der Steubengesellschaft bestimmt werde. Es wurde erklärt, seit Deutschland in den Völkerbund aufgenommen sei, habe der Widerspruch gegen den Beitritt Amerikas zum Weltgerichtshof stark nachgelassen.

Neuer schwerer Orkan im Anzug auf Florida.

Paris, 29. September.

Nach einer Meldung des „New York Herald" aus Miami wird von den Wetterstationen ein neuer Orkan von ungewöhnlicher Stärke gemeldet, der nördlich von Portorico aufgekommen sei und sich in Richtung Florida bewege. Sicherheitsmaßnahmen seien bereits getroffen worden.

TU **London**, 29. September.

Nach Berichten aus Mexiko City dauert das Unwetter in Mittelamerika noch an. Aus Veracruz wird berichtet, daß die Stadt durch einen Orkan schwer gelitten hat; man befürchtet, daß große Verluste an Menschenleben zu beklagen sind. Alle Verbindungen zwischen Veracruz und Mexiko City sind unterbrochen. Eine halbamtliche Mitteilung aus Veracruz besagt, daß ein Zyklon gestern früh über die Stadt hinweggefegt. Einzelheiten sind noch nicht bekannt, aber man glaubt, daß die Mehrzahl der Gebäude an der nach dem Ozean zu liegenden Seite zertrümmert worden sind.

Auf der portugiesischen Kolonie Macao in der Nähe von Hongkong wütete gestern fast den ganzen Tag über ein Taifun. Die gesamte Tiefseefischereiflotte ist nicht zurückgekehrt; Reuter zufolge befürchtet man, daß die Mehrheit der Boote gesunken ist. An der Küste selbst ist verhältnismäßig wenig Schaden angerichtet worden. Einer „Exchange"-Meldung aus Ventura in Kalifornien zufolge sind durch ein kurzes aber starkes Erdbeben die Häuser erschüttert worden. Schaden wurde indessen nicht angerichtet.

9/38 4 Zyl. STOEWER verkörpert deutsche Qualität von bekannt außergewöhnlicher Leistung, die von keinem Ausländer erreicht wird. In den Bergen und auf der Ebene der sicherste, treueste, nie versagende Begleiter.
Filiale: Berlin, Unter d. Linden 75-76

13/55 6 Zyl. STOEWER hat alle modernen Errungenschaften. Perrot-Vierradbremse, breite moderne Karosserieform, Allwetterverdeck. Sechs Drahtseilballonreifen. Stahlräder. Benzinuhr. Tachometer, 8-Tage-Uhr.
Filiale: Berlin, Unter d. Linden 75-76

Lieferwagen STOEWER